52. Jahrgang. № 324. Freitag, 22. November 1907.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr: vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zustellung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2.50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3.50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. ohne Bestellgeld. Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zur gefälligen Abend-Lektüre geben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe gelegentlich zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif: Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Dresdner Nachrichten 20 Pf.; Geschäftsanzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pf., die zweispaltige Zeile auf Textseite 60 Pf. Zu Nummern nach Sonn- und Feiertagen: die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familiennachrichten die 6 umbaute 25 Pf. — Mehrspaltige Anzeigen nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pfennige.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Natur-Weine Probierstube u. Flaschen-Verkauf — Vereinigte Weingutsbesitzer G. m. b. H., Coblenz an Rhein u. Mosel. Filiale: Dresden, Moszinskystr. 7.

Wetterfeste Loden-Jagdbekleidung
Jagd-Ausrüstung, Patronen
Grösstes Spezial-Geschäft
Jos. Flechtl aus Tirol, Schloss-Strasse 23.

KLEINE KIOS
Beliebteste 2½ Pfg. Cigarette
Türk. Tabak- & Cigaretten-Fabrik „Kios" o E. Robert Böhme, Dresden.

Heinrich Meyers
Medizinal-Lebertran-Emulsion
unter Zusatz der Hypophosphite von Kalk, Kali und Natron. Marke „Mutter Anna". Flasche 2 Mk. Versand nach auswärts.
Königl. Hofapotheke, Dresden, Georgentor.

Lederwaren. Reise-Artikel. Weitgehendste Auswahl in Gebrauchs- und Luxus-Lederwaren. Adolf Näter
Durch Umbau ganz bedeutend vergrössert.
26 Prager Strasse 26.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Trübe, mäßiger Südostwind, Frost.

In der gestrigen Sitzung der Zweiten Kammer kündigte Finanzminister v. Rüger die Neuregelung der Beamtengehälter ab 1. Januar 1909 und die Verdoppelung des Wohnungsgeldzuschusses ab 1. Januar 1908 mit rückwirkender Kraft um ein halbes Jahr an.

Heute nimmt der Reichstag seine Sitzungen wieder auf.

Im Reichsschatzamt haben kürzlich Beratungen mit den Führern der Mehrheitsparteien über die Lösung der Finanzlage stattgefunden, die aber zu keiner Einigung geführt haben.

Die Reichsregierung wird als Nachtragsetat für 1907 400 000 Mark fordern, um dem Grafen Zeppelin den sofortigen Bau eines großen Luftschiffes zu ermöglichen.

Staatssekretär v. Schoen hat nach seiner Rückkehr aus England die Leitung des Auswärtigen Amtes übernommen.

Der neue Statthalter der Reichslande Graf Wedel ist in Straßburg eingetroffen.

Der Herzog von Cumberland soll 60 000 Mark zum Zwecke der Förderung welfischer Zeitungsunternehmungen in der Provinz Hannover gespendet haben.

Der katholische Historiker Günter in Tübingen hat auf Befehl des Bischofs Käppler seine Vorlesung über mittelalterliche Legendenbildung eingestellt.

Die allgemeine Lage in Tanger hat sich für die deutschen Ansässigen in geschäftlicher Hinsicht sehr ungünstig gestaltet.

Der Schnellzug Welver—Dortmund entgleiste im Bahnhof Dortmund infolge Zusammenstoßes mit einem Rangierzug; fünfzehn Personen sind verletzt.

Graf Pückler-Kleintschirne wurde gestern in Berlin als gemeingefährlicher Geisteskranker verhaftet.

Deutschland und Holland.

Durch den Erholungsurlaub, den Kaiser Wilhelm II. zur völligen Ausheilung seines Katarrhs in England nimmt, hat das ursprüngliche Reiseprogramm insofern eine Aenderung erfahren, als die geplant gewesene gemeinsame Anwesenheit des Kaiserpaares am holländischen Hofe nunmehr in Fortfall kommt. Die Kaiserin hat es gleichwohl nicht unterlassen, auf ihrer Rückreise nach Deutschland der Königin Wilhelmina einen Besuch zu machen, und die äußerst sympathische Aufnahme, die dieser Schritt der Kaiserin Auguste Viktoria in der niederländischen Presse gefunden hat, läßt darauf schließen, daß auch Kaiser Wilhelm, wenn er zu Anfang des nächsten Monats seinen Fuß auf holländischen Boden setzt, einen nicht minder herzlichen Empfang finden wird. Die freundschaftlichen Empfindungen, die unser Kaiserpaar für die jugendliche Herrscherin des holländischen Staates hegt, bedürfen keiner besonderen Betonung, weil sie allgemein bekannt sind. Dieselben Gefühle aber kennzeichnen auch das Verhältnis zwischen der Bevölkerung beider Staaten, das augenscheinlich im aufsteigenden Zeichen des wachsenden Verständnisses des gegenseitigen Wertes und des Einflusses jeder der beiden Mächte auf den wirtschaftlichen Aufschwung der anderen steht. Es gab Zeiten, wo das nicht so war. Unter dem Altreichskanzler haben wir es erlebt, daß sich unter der Wirkung einer uns feindlich gesinnten ausländischen Agitation der Holländer die nervöse Furcht bemächtigte, Deutschland liege im Hinterhalte auf der Lauer, um bei der ersten besten Gelegenheit über den niederländischen Staat herzufallen und ihn zu annektieren. Einen leisen Anklang an die damaligen Verdächtigungen der deutschen Politik hat es auch bei der jetzigen Kaiserreise nach England und Holland gegeben, da die französische Presse Belgiens sich nicht enthalten konnte, uns abermals dunkle Anschläge nach dieser Richtung anzudichten. Die völlige Haltlosigkeit solcher gehässiger Unterstellungen ist bereits durch eine offiziöse Verlautbarung deutscherseits in ebenso prompter wie deutlicher Weise festgestellt worden. In Zusammenhang hiermit mag noch an eine Aeußerung des Fürsten Bismarck erinnert sein, worin er jedwede derartige Neigung der deutschen Politik mit der energischen Wendung abwies: „Und wenn die drei Millionen Niederländer auf den Knien um Annexion bäten, Preußen könnte und würde sie nicht annehmen. Wir wollen nichts mehr! Wir haben genug der Annektierten, die ihrer Nationalität treu bleiben, und wollen keinen Versuch machen, noch mehr davon aufzunehmen."

Inzwischen ist die Ueberzeugung, daß die deutsche Politik tatsächlich keine hinterhältigen Absichten gegenüber den Niederlanden hegt, auch den Holländern, so sehr in Fleisch und Blut übergegangen, daß die abgebrauchten Kunstgriffe einer fremden unehrlichen Taktik, die immer wieder die deutschen Ziele verdächtigen möchte, heute kaum noch Erfolg haben können. Unsere ausländischen Widersacher haben sogar dieses Mal von holländischer Seite selbst eine sehr deutliche Zurückweisung erfahren, da die Presse des Landes ihre besondere Anerkennung der zarten Rücksicht ausgesprochen hat, mit der von Deutschland stets auch der leiseste Anschein vermieden worden sei, als wolle es der staatlichen Unabhängigkeit Hollands irgendwie zu nahe treten. Was wir erstreben, ist lediglich ein loyales, freundnachbarliches Verhältnis zu Holland, auf dessen Grundlage die gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen, ungehindert durch die schädlichen Hemmungen eines unbegründeten politischen Mißtrauens, sich frei zu entfalten vermögen. Es liegt durchaus im holländischen Interesse, uns in dieser Hinsicht entgegenzukommen und die von Deutschland ausgestreckte Freundeshand festzuhalten. Der deutsche Verkehr mit Holland auf dem Rheine weist seit 1890 eine mehr als dreifache Zunahme auf, und an dem holländischen Seeverkehr ist Deutschland in solchem vorherrschenden Umfange beteiligt, daß ohne Uebertreibung gesagt werden kann, die Wohlfahrt der holländischen Häfen sei undenkbar ohne Deutschlands Industrie und Handel. Trotz der bereits so hoch entwickelten Blüte der beiderseitigen Verkehrsbeziehungen ist der deutsch-holländische Wirtschaftsverkehr noch einer weiteren außerordentlichen Steigerung fähig, wenn die Holländer konsequent nach der Erkenntnis handeln, daß sie von Deutschland in politischer Hinsicht schlechterdings nichts zu fürchten, wohl aber auf wirtschaftlichem Gebiete für die Interessen ihres Landes um so mehr Vorteile zu erwarten haben, je enger sie das Band mit der deutschen Industrie und dem deutschen Handel knüpfen und je mehr Erleichterungen sie diesen beiden Faktoren gewähren.

Die neue Flottenvorlage

enthält für die Freunde eines wirksam beschleunigten Ausbaues unserer Flotte insofern eine Enttäuschung, als sie sich lediglich auf die Herabsetzung der Lebensdauer der Linienschiffe von 25 auf 20 Jahre beschränkt. Nicht erreicht wird demnach die von allen Seiten als dringend nötig anerkannte schleunige Ausmerzung der noch vorhandenen 17 durchaus veralteten oder minderwertigen Linienschiffe, und ebensowenig wird eine Verbesserung bei dem Stande der großen Kreuzer erzielt, bei denen vielmehr alles beim alten bleibt, obwohl wir hier so miserabel gestellt sind, daß wir zum Schutze unseres Seehandels und unserer Mitbürger im Auslande neben einigen kleinen Kreuzern nur über einen einzigen großen Kreuzer verfügen, da wir bei der Hochseeflotte wegen der geringen Anzahl der großen Kreuzer nicht mehr Schiffe dieser Kategorie entbehren können.

Es ist begreiflich, daß der Unmut über den geringen Inhalt der Vorlage in der nationalen Presse vielfach zum Ausdruck kommt. Einige Blätter gehen sogar so weit, die Verwerfung des Regierungsentwurfs und die Einbringung einer verbesserten Vorlage aus der Initiative des Reichstages heraus zu fordern. Die freisinnige Presse zeigt eine gewisse Zurückhaltung, die aber unverkennbar mit Wohlwollen gefärbt ist. Das gleiche läßt sich auch von der Zentrumspresse sagen, die durch den Hinweis auf die vielberufene Spahnsche Flottenrede vom Sommer dieses Jahres erkennen läßt, daß das Zentrum am Ende trotz alles Zierens und Sträubens doch mit sich reden lassen und der Vorlage seine Zustimmung erteilen dürfte. Bemerkenswert ist, daß die „Voss. Ztg." großes Gewicht auf die Deckungsfrage legt und sich entschieden gegen die Aufbringung der Flottenkosten durch die minderbemittelten Schichten der Bevölkerung und gegen die Vorzugsbelastung einzelner Gewerbe ausspricht, mit dem Hinzufügen, daß die bürgerliche Linke sich in diesem Punkte durch keine Rücksichten auf die Blockpolitik beeinflussen lassen werde. Die „Deutsche Tagesztg." greift diese Verwahrung des freisinnigen Blattes zustimmend auf und bringt im Anschluß daran aufs neue eine Reichsdividendensteuer in Empfehlung, von der auch der Freisinn werde zugeben müssen, daß dadurch weder die minderbemittelte Bevölkerung, noch einzelne Gewerbe vorzugsweise getroffen würden. Zweifellos ist der finanzielle Gesichtspunkt bei der so sehr mißlichen Finanzlage des Reiches für die von der Regierung bei der Ausarbeitung der Flottenvorlage geübte Zurückhaltung mit in erster Linie maßgebend gewesen. Eine sachliche Auffassung der Lage wird nicht umhin können, die finanzielle Zwangslage der Regierung anzuerkennen und ihr im übrigen das Vertrauen zu schenken, daß sie ihr nationales Gewissen hinlänglich um Rat gefragt hat, ob sie das gegenüber den patriotischen Erwartungen einstweilen geforderte Weniger an dem beschleunigten Ausbau unserer Flotte bei dem dermaligen Stande der Weltpolitik zu verantworten vermag. Auf jeden Fall muß angesichts einer so vorsichtigen Begrenzung der vom Reichsmarineamte erhobenen Forderungen das Gerede von „uferlosen Flottenplänen" gründlich verstummen. Es ist nur das Allerbescheidenste, das Allernotwendigste, was die Regierung verlangt. Da aus der ziemlich dürftigen Begründung der Vorlage nicht klar erhellt, welche Gründe außer dem finanziellen Gesichtspunkte für die weitgehende Beschränkung der Regierung in ihren Forderungen bestimmend gewesen sind, so wird der Staatssekretär des Reichsmarineamtes hierüber im Reichstage noch nähere Aufklärungen geben müssen. Davon wird es dann auch abhängen, ob der Reichstag vielleicht geneigt sein dürfte, der Vorlage noch einige Verbesserungen von nicht allzu weitem Umfange hinzuzufügen. Im übrigen kann vom Standpunkte einer besonnenen Realpolitik, die in der Politik die Kunst des Erreichbaren sieht, die heißsporige Kritik, welche die glatte Ablehnung der Vorlage wünscht, nicht gebilligt werden. Es ist vielmehr durchaus richtig, wenn der ruhiger denkende Teil der nationalen Presse der Ansicht Ausdruck gibt, die ernstgemeinte Hoffnung, daß die Vorlage abgelehnt werden möchte, würde einen „Mangel an Augenmaß für die politischen Notwendigkeiten und Zweckmäßigkeiten" bedeuten. Unser eigenes nationales Interesse und unser Ansehen vor dem Auslande machen es gleichmäßig erforderlich, daß die patriotisch gesinnte Mehrheit des Reichstages sich wegen der abweichenden Meinungen über die Flottenvorlage nicht in die Haare fährt, sondern den Entwurf mit möglichster Schnelligkeit und möglichst wenig Lärm nach dem Vorbilde fremder Parlamente verabschiedet.

Pramanns Erbswurst! Pramanns Suppen! ★ Fabrik Radebeul 1/S.

Neueste Drahtmeldungen vom 21. November.

Zur Reichstagseröffnung.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Reichstag nimmt morgen seine Sitzungen unter dem Zeichen eines großen Fragezeichens wieder auf. Es soll sich nun zeigen, ob der Block sich bewährt. Die erste ernste Probe, die er zu bestehen hat, liegt auf steuerlichem Gebiete, und da ist es bisher meist zu einer Verständigung nicht gekommen. Es handelt sich um die Deckung eines Fehlbetrages von 100 Millionen, wozu noch 50 Millionen für Beamtenaufbesserungen kommen. Die Einbringung der Spiritus-Monopolvorlage noch in dieser Session ist nicht zu umgehen, aber da sie noch nicht ausreicht, wird sich auch die Einbringung der Vorlage der Zigarren-Banderolensteuer nicht umgehen lassen. Namentlich dieser letzteren gegenüber nehmen die Freisinnigen in der Presse und in Versammlungen eine ablehnende Haltung ein, indem sie immer und immer wieder eine Reichseinkommensteuer fordern. Die Einzelstaaten, die zur Deckung ihres Bedarfs auf die direkten Steuern angewiesen sind, nachdem das Reich nun einmal die indirekten für sich in Anspruch genommen hat, können aber darauf nicht eingehen, sie können nicht ihre Einnahmequelle preisgeben; denn woher sollen sie sonst die Mittel für die Erfüllung der ihnen zugewiesenen Aufgaben, darunter der wichtigsten Kulturaufgaben (es sei nur an das Landesjustizwesen und -Verwaltung erinnert), nehmen? In der „Deutschen Tageszeitung" ist wiederholt eine Dividendensteuer empfohlen worden, aber wären denn hierfür die Freisinnigen zu haben? Und, ganz abgesehen davon, so handelt es sich hier doch ganz unzweifelhaft auch um eine direkte Steuer, und zwar um eine versteckte Einkommensteuer. In der Berufung darauf, daß ja doch mit der Erbschaftssteuer schon ein Einbruch in das Prinzip: „Die indirekten Steuern dem Reiche, die direkten den Bundesstaaten" unternommen worden sei, kommt man zu dem Schlusse, die direkten Steuern zwar nicht mit einem Male, wohl aber stückweise den Einzelstaaten zu entziehen. Im Endeffekt läuft das auf dasselbe hinaus. Die sächsische Regierung wird sich darauf, wie wohl mit Sicherheit angenommen werden kann, ebenso wenig einlassen, wie die übrigen Bundesregierungen. Wir haben seinerzeit über einen Vorschlag einiger bekannter Abgeordneten berichtet. Dieser ging davon aus, daß Preußen und die Mittelstaa-